

Quelle:

www.lazarus.at/2024/09/10/deutschlandkarte-heimsterben-aktualisiert-ueber-1-000-Einrichtungen-betroffen

Deutschlandkarte Heimsterben aktualisiert: Über 1.000 Einrichtungen betroffen

✘ Der AGVP hat seine Deutschlandkarte Heimsterben aktualisiert. Seit 2023 sind demnach über 1.000 Einrichtungen insolvent oder geschlossen.



Grafik: screenshot AGVP

Mehr als 1.000 Insolvenz- und Schließungsfälle sind seit Anfang 2023 in der aktualisierten Version der „[Deutschlandkarte Heimsterben](http://www.lazarus.at/2024/09/10/deutschlandkarte-heimsterben-aktualisiert-ueber-1-000-Einrichtungen-betroffen)“ dokumentiert. Der

Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) fordert von Politik und Kostenträgern, Maßnahmen zu ergreifen, um das Heimsterben zu beenden.

„Die Karte macht deutlich, dass das Heimsterben fortschreitet. 1.097 Pflegeeinrichtungen sind seit 2023 von Angebotseinschränkungen, Insolvenz oder Schließung betroffen. Die Pflegebedürftigen leiden unter dem Versorgungsabbau, gleichzeitig steigt die Zahl der Pflegebedürftigen“, mahnt AGVP-Präsident Thomas Greiner. Die Kassen und Bundesländer kämen ihrer gesetzlichen Pflicht nicht nach, die Versorgung der alten Menschen sicherzustellen - die Versorgungskrise gehe auf auch ihr Konto.

Der Verband fordert unter anderem:

- Strafzinsen für säumige Kostenträger,
- eine verlässliche Politik, die stabile Rahmenbedingungen für Pflegeeinrichtungen garantiert,
- umfassende Schadensersatzansprüche für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen gegenüber den Kostenträgern und einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz, so der AGVP in der Pressemitteilung zur aktualisierten Karte.

AGVP: In der Altenpflegedroht eine massive Versorgungslücke.

AGVP-Präsident Thomas Greiner, zeigt sich besorgt: „Bis 2040 benötigen wir jährlich rund 17.000 zusätzliche Pflegeheimplätze, das entspricht 217 neuen Heimen pro Jahr. Stattdessen verlieren wir weiterhin Plätze - allein im vergangenen Jahr etwa 16.000.“ Greiner kritisiert, dass Pflegekassen und Politiker die Versorgungskrise verharmlosen. „Wer acht Heime abtelefonieren muss, um auf eine Warteliste zu kommen, verliert das Vertrauen in einen funktionierenden Staat. Wenn nicht sofort gegengesteuert wird, fehlen uns 2024 und 2025 insgesamt rund 450 Heime und 33.000 Plätze.“

Greiner verweist auf die Jahre 2008 und 2009, als jährlich 330 Pflegeheime neu eröffnet wurden. „Das zeigt, dass der Ausbau schnell gelingen kann - wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Leider hat die Pflegepolitik der letzten Jahre die Altenpflege frontal gegen die Wand gefahren.“ Der AGVP fordert daher dringend Pflegereformen, die wirtschaftliche Anreize für Betreiber schaffen. „Nur wenn

Pflegeeinrichtungen auch wirtschaftlich arbeiten können, werden sie in den dringend nötigen Ausbau investieren. Ohne Investitionen und unternehmerisches Risiko wird es zukünftig keine gute Pflege geben“, warnt Greiner.